

# Die „unibrennt“ und alle schauen zu

■ DAVID SCHELLANDER



David Schellander, 28, derzeit Doktoratsstudium der technischen Wissenschaften, Vorsitzender des Vereins „TASARAGI – Verein für Informationsbereitstellung zu Rassismus und Geschlechterungerechtigkeiten“.

Am 03.05.2012 rief Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) die Hochschulkonferenz, ein Beratungsgremium des Ministers, ins Leben. Dadurch erspart sich der Minister die alleinige Ausarbeitung eines seit langem angekündigten Hochschulplans. Diese Aufgaben sollen nämlich die Mitglieder des Rates übernehmen und mit dieser Aufgabe auch gleich die Verantwortung. Geht etwas schief, kann sich der Minister aus der Affäre ziehen, schließlich war der entwickelte Plan dann eine Mehrheitsentscheidung verschiedener Interessenvertreter. Welche Interessen im Gremium vertreten sind, konnte man im Profil vom 07.05.2012 nachlesen.

Ratsmitglieder wären: das Wissenschaftsministerium mit zwei Personen, die Universitätskonferenz mit zwei Personen, die Fachhochschulkonferenz mit zwei Personen, der Wissenschaftsrat mit einer Person und die Österreichische Hochschüler-schaft mit ebenfalls einer Person, ihrer Vorsitzenden. Das geforderte starke Mitspracherecht der ÖH und der Studierenden wurde somit ignoriert.

## Studiengebühren – der Stein des Anstoßes

Der ewige Streitpunkt, Studiengebühren, sei es zwischen Universitäten und Politikern, zwischen den Parteien (SPÖ und ÖVP) oder zwischen verschiedenen Studierendenvertretungen und Fraktionen. Ja, selbst Studierendenfraktionen streiten bei diesem Thema miteinander, die ÖVP-nahe Aktionsgemeinschaft (AG) ist (laut Flugzettel an der Linzer Universität) für die Einführung von Studiengebühren, der SPÖ-nahe VSSStÖ dagegen.

Dies ist nicht weiter überraschend, wollen doch die Sprecher der einzelnen

Fraktionen sich nicht gegen ihre Parteilinie stellen, sondern sich für größere Aufgaben in der Partei anbieten.

Da frage ich mich, ob Studierendenfraktionen uns Studierende überhaupt noch vertreten oder ihre Funktionäre nur mehr brave Parteispießfiguren sind. Genau bei diesem wichtigen Thema „Studiengebühren“ traut sich auch Minister Töchterle nicht zu, eine Entscheidung zu fällen, da ist ihm scheinbar das Eisen zu heiß. Auch hier gibt er seine Kompetenz ab, diesmal an die Universitäten selber. Er würde zwar gerne von allen Studierenden Geld einheben, tut dies aber nicht, sondern überlässt jetzt den Universitäten die autonome Entscheidung darüber. Dies geschieht, wie in österreichischen Medien zu lesen war, teilweise im rechtsfreien Raum.

Da die Universitäten dringend Geld brauchen, zwingt sie der Minister indirekt, Studiengebühren einzufordern. Dieser Verdacht wurde untermauert vom Vizerektor der Johannes Kepler Universität, Herbert Kalb, der erwähnte, *„dass die JKU und andere Universitäten bei Budgetverhandlungen mit dem Wissenschaftsministerium schlechter dastehen, wenn sie nicht alle eigenen Finanzierungsmöglichkeiten ausschöpfen“* (Onlineausgabe Oberösterreichische Nachrichten, 01.06.2012).

Doch in Österreich gibt es dazu aktuell keine Rechtssicherheit, daher müssen die Universitäten die eingenommenen Beiträge einfrieren, um sie im Zweifelsfall später wieder zurückzahlen zu können. Die ÖH rüstet sich derweil mit einer Rücklage in Millionenhöhe, um Studierende bei Klagen gegen die bezahlten Studiengebühren zu unterstützen.

Eine juristische, politische Schlamm-schlacht steht den Universitäten und der Politik in Österreich bevor.

## Studiengebühren – eine wichtige Geldquelle

Als Angestellter der Linzer Johannes Kepler Universität, *der besten Junguniversität Österreichs* (Presseaussendung der JKU vom 30.05.2012), sehe ich selber die Problematik. Dies beginnt beim chronischen Platzmangel: Es gibt zu wenig Platz für alle in der Universität, weil das Geld fehlt. Dann die Problematik, gute Mitarbeiter zu finden. Die Uni zahlt deutlich weniger als Wirtschaftsbetriebe, weil das Geld fehlt. Das ständige Jammern der Lehrenden und Studierenden über die schlechten Arbeitsbedingungen, ebenfalls weil das Geld fehlt. Forschen bedeutet, am sich schnell drehenden Rad der Zeit dran zu bleiben. Dazu sind immer wieder neue Anschaffungen nötig, das kostet Geld. Es ist die Frage, ob es im Interesse der Bevölkerung ist, gute Universitäten im Land zu haben. Wenn ja, dann ist es Aufgabe der Politik, die Universitäten ausreichend zu budgetieren. Bei der aktuellen Lage – die TU Wien steht nach Medienberichten kurz vor dem Bankrott – ist die Forderung nach einem höheren Investment in die Universitäten gerechtfertigt.

Das Universitätsbudget soll von aktuell 1,3% des BIP auf 2% des BIP erhöht werden. Dies wurde nach den letzten großen Studierendenprotesten als Ziel für 2020 von der Politik verankert, jedoch ist eine Realisierung, dank aktueller Krisen, in weite Ferne gerückt.

Studiengebühren wären also für Universitäten eine wichtige Geldquelle, es geht um jeden Cent.

## unibrennt – es brennt noch immer

Vor einigen Wochen wurde wegen Einsparungsmaßnahmen das Aus für das Bachelorstudium Internationale Entwicklung (IE) bekannt gegeben. Sofort entschlossen sich die Studierenden zu einer spontanen Demonstration, direkt im Rektorat der Wiener Universität. Die „unibrennt“-Bewegung flammte wieder auf und wurde, bevor sie richtig zünden konnte, im Auflodern erstickt.

Das Wiener Rektorat reagierte gemeinsam mit der Polizei blitzschnell, und nach wenigen Stunden wurden die besetzten Räume, teilweise mit Polizeigewalt, von den Besetzern befreit (wien.orf.at, 19.04.2012).

Ein Zeichen wurde gesetzt, um solche Aktionen für die Zukunft zu unterbinden und die Studierenden zu verschrecken. Dass dies friedliche Studierende waren wurde in den Medien teilweise ignoriert. Man berichtete von einem gewalttätigen Eindringen der Studierenden mit Verletzten im Rektorat. Vollkommene Falschmeldungen, um die Bürger des Landes gegen Studierende aufzuhetzen.

Wir hatten genau in diesen Tagen *Quart*-Redaktionssitzung und so konnte ich mir selber ein Bild von der Universität und der „unibrennt“-Bewegung in Wien machen.

Von Gewaltbereitschaft keine Spur: Ich fand diskussionsfreudige, engagierte Studierende vor, denen etwas an der Bildung und der Universität liegt. Studierende, die sich gerne für andere Studierende einsetzen und laut eigenen Angaben in den Medien kriminalisiert werden.

Romy Grasgruber, selbst Absolventin des Studiums IE, schrieb zu den Besetzungen in der Printausgabe „Die Presse“ am 07.05.2012.

*Polizei an Universitäten kannte man eigentlich aus diktatorischen Regimen. Durch das Agieren in den letzten Wochen wurde die Exekutive instrumentalisiert, um politische Einzelinteressen durchzusetzen. Damit wurde ein demokratiepolitisches Tabu gebrochen ... Der Rektor der Universität Wien hätte auf der Seite der Studierenden und des wissenschaftlichen Personals stehen müssen. Seine Aufgabe hätte darin bestanden, im Sinne der Wissenschaft gut zu verhandeln, sodass eine Ausfinanzierung der IE möglich gewesen wäre.*

Dies war nicht der Fall und stimmt sehr traurig für die Zukunft der freien Meinungsäußerung und der österreichischen Hochschulpolitik, denn die Uni brennt noch immer und wir schauen zu und diskutieren im Schein des wärmenden Feuers. ■

■ Die „unibrennt“-Bewegung flammte wieder auf und wurde im Auflodern erstickt.